



Nr. 25/2009

07.06.2009

Niedrige Wahlbeteiligung ist Alarmsignal für die Demokratie!

Dank an die Europaabgeordnete Ulrike Rodust

Zum Flensburger Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 erklärt am Wahlabend Helmut Trost, Vorsitzender der Flensburger SPD:

Die Flensburger SPD ist bei den Europawahlen um 1,9 Prozent hinter ihrem Wahlergebnis von 2004 (damals 28,3 %) zurückgeblieben. Das heutige Ergebnis von 26,4 Prozent liegt unter unseren Erwartungen und ist zweifellos nicht das, was wir uns erhofft haben. Wir verstehen es jedoch als Aufforderung der Wählerinnen und Wähler, sie durch harte und intensive Arbeit zu überzeugen. Wir wollen und werden verdeutlichen, dass wir für ein sozial gerechtes Flensburg stehen und dafür erfolgreich auf allen politischen Ebenen arbeiten. Das Wahlergebnis ist für uns insofern Herausforderung und Verpflichtung zugleich. Wir wollen uns an unseren Taten messen lassen, bei den nächsten Wahlgängen zum Bundes- und zum Landtag. Denn diese sind noch längst nicht entschieden.

Das heutige Wahlergebnis ist enttäuschend. Es hilft uns dabei nicht, auf die erheblichen Verluste der örtlichen CDU von 7,2 % (2004: 38,4 %, 2009: 31,2 %) zu schauen. Die Linken sind mit ihren 5,6 % sicherlich Nutznießer der Flensburger Beschäftigungskrise gewesen. Die Zukunft wird jedoch zeigen, dass es auf konkrete Arbeitsergebnisse ankommt und nicht auf Versprechungen und populistische Aussagen.

Auch in Flensburg ist es der SPD leider nicht gelungen, ihr Wählerpotential in dem Maß zu aktivieren, wie es angesichts der Bedeutung Europas für uns nötig gewesen wäre.

Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von nur 32,5 Prozent kann überhaupt nicht zufriedenstellen. Sie liegt nur unwesentlich über auf dem niedrigen Niveau von 2004 (damals 29,7 %). Es ist alarmierend, dass die Wahlbeteiligung in immerhin zehn Stimmbezirken unter 25 Prozent blieb, dort also über Dreiviertel der Wählerinnen und Wähler zuhause blieben. In den Wahlbezirken Ramsharde, Waldschule 1 und Comenius-Schule lag die Beteiligung sogar unter 20 Prozent.

Wenn durchschnittlich nicht einmal jeder Dritte zur Wahl geht, muss das Anlass für alle Parteien sein, ihr eigenes Handeln gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu hinterfragen. Wird vom Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht, ist dies ein Alarmsignal für die Demokratie. Es ist uns bei der Wahl offensichtlich nicht gelungen, die grundsätzliche Bedeutung europäischer Entscheidungsprozesse, aber auch für die konkrete Stadtentwicklung vor Ort zu verdeutlichen. Dabei kann man sie in Flensburg im wahrsten

Sinne des Wortes mit den Händen greifen: Schon bei einem kurzen Rundgang um die Hafenspitze begegnen einem mit Phänomena, Museumswerft, Historischem Hafen, dem Spielplatz an der Hafenspitze oder dem Anleger für Kreuzfahrer reihenweise Projekte, die ohne europäische Unterstützung so nicht entstanden wären.

Die geringe Akzeptanz zeigt aber auch, dass sich in der politischen Kultur etwas ändern muss. Offensichtlich sind politische Entscheidungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger inzwischen so undurchsichtig, dass diese der Wahlurne zu großen Teilen gleich ganz fernbleiben. Hier muss Vertrauen zurückgewonnen werden. Dies geht nur durch konkrete Arbeit vor Ort, durch intensiven Kontakt und durch direkten Dialog. Das gilt für politische Entscheidungsträger aller Ebenen - vom ehrenamtlichen Ratsmitglied bis zum Abgeordneten. Sie alle müssen verstärkt als „Kümmerer“ wahrgenommen werden, als gewählte Vertreter, die sich ehrlich und intensiv um die Dinge, die an sie herangetragen werden. Das ist eine Aufgabe und Herausforderung für alle Parteien.

Die Flensburger SPD freut sich, dass mit Ulrike Rodust eine schleswig-holsteinische Abgeordnete in das Europaparlament einzieht, die eine gute Vertreterin für unser Land und für unsere Stadt ist. Erst seit wenigen Monaten Europaabgeordnete, war sie in dieser kurzen Zeit vielfach in und für Flensburg aktiv – beispielsweise auf der Werft, bei der Alexandra, in Gesprächen mit Vereinen und Organisationen der dänischen Minderheit. Sie war Gast im Gewerkschaftshaus, hatte eine Veranstaltung in der Diako und im Regionskontor in Padborg. Schon Ende Februar hatte sie auch dem krisengeschüttelten Unternehmen Danfoss über die Flensburger SPD einen Besuch und Unterstützung angeboten – unverständlich, dass die Geschäftsleitung damals einen Firmenbesuch ablehnte. Für ihr beeindruckendes Engagement und ihr Versprechen, sich jederzeit für die Belange Flensburgs einzusetzen, dankt ihr der Flensburger SPD-Kreisverband ausdrücklich.